

Rundbrief Nr. 7/2012

vom 31.01.2013

Das Bundesverfassungsgericht hat gesprochen, einige mosern weiter.

Was wird nun die EZB machen?

100 Tage Große Koalition im Saarland – Bericht der Landesregierung

Verdi Saar fordert Abschaffung der Schuldenbremse

Aufgespießt:

- Warum Schulpflicht in Deutschland?

- Die vom Staat sanierte amerikanische Versicherung AIG produziert einen Rekordgewinn nach dem anderen.

- Die beiden neuen Chefs der Deutschen Bank befürchten Inflation aufgrund der Euro-Rettung.

### **1. Das Bundesverfassungsgericht hat gesprochen**

Eigentlich ist dieses Urteil glasklar und kaum misszuverstehen, und doch gärt es in der Politik und in den Medien weiter. Das Urteil ist auf die einfache und klare Form zu bringen: Deutschland kann sich am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beteiligen. Finanzielle Beiträge müssen vom Parlament beschlossen werden, was bisher für die 190 Mrd. € auch geschehen ist. Bundestag und Bundesrat müssen umfassend informiert werden. Beides muss auf völkerrechtlich verbindliche Weise festgelegt sein.

Und trotzdem wird weiter gemosert, wenn etwa behauptet wird, das Bundesverfassungsgericht habe den deutschen Beitrag „gedeckelt“ auf 190 Mrd. €, das ist ganz offensichtlich falsch. Oder wenn gesagt wird, die EZB würde diesen Beschluss durch grenzenlosen Ankauf von Staatsanleihen aus den Krisenstaaten unterlaufen. Wenn sie das täte, müsste man dagegen beim EuGH klagen, weil sie dann gegen ihre vertraglichen bzw. gesetzlichen Grundlagen verstoßen würde. Sie muss dagegen handeln, wenn die Geldversorgung oder die Geldwertstabilität gefährdet ist, was ihr gesetzlicher Auftrag ist. Sie wird dabei nun aber entlastet durch den ESM, der wieder Vertrauen schaffen kann und damit auch die Geldversorgung zwischen den Banken wieder in Gang bringt.

Wir stehen als Deutsche allerdings jetzt politisch an einem Scheideweg. Entweder wir sehen uns weiterhin auf dem Weg nach einem vereinten Europa, wobei es zunächst gleichgültig ist, ob man das als Bundesstaat oder Staatenbund will. Unverzichtbar aber ist dabei, dass für vereinbarte gemeinsame Politik auch die politischen Instrumente zu ihrer Funktionstüchtigkeit akzeptiert werden. Wer eine gemeinsame Währung will, muss neben der Währungsunion auch eine gemeinsame Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik und natürlich Währungspolitik möglich machen. Diesen Schritt hat man in Maastricht noch nicht geschafft, die Krise hat uns gelehrt, dass wir nachhaltig da nur herauskommen, wenn jetzt die Instrumente unter welchem Namen auch immer geschaffen werden. Der Euro-Rettungsschirm, bestehend aus dem ESM, der nun abzulösenden Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), die nun von der EU vorgeschlagene Bankenunion mit einer Bankenaufsicht, alle diese Instrumente müssen nun auch von Deutschland gewollt und mitgetragen werden, auch wenn wir dabei einige historisch bedingte deutsche Besonderheiten in Frage stellen lassen müssen. Sie ersetzen das, was wir politisch zur Zeit noch nicht leisten wollen, die gemeinsame Politik und die Aufgabe von nationaler Souveränität.

Deutschland muss einsehen, dass bestimmte historische Erfahrungen, z. B. dass die Vermehrung der Geldmenge automatisch zu Inflation führt, heute nicht mehr der Realität entsprechen, dass sich die Geldmenge losgelöst hat von realen wirtschaftlichen Vorgängen, und dass wir darauf neue

Antworten finden müssen, ohne dass wir das Ziel Geldwertstabilität aufgeben dürfen. Und das müssen wir auf europäischer Ebene leisten, je mehr wir uns auch aufgrund unserer Stärke zurückziehen und einigeln, verlieren wir an internationaler Reputation und Ansehen.

## 2. Was wird die EZB machen?

Es wird einfach ein falscher Eindruck erweckt, wenn in der Saarbrücker Zeitung behauptet wird, die EZB habe beschlossen, Staatsanleihen von Krisenländern unbegrenzt aufzukaufen. Dabei wird verschwiegen, dass dies nur geschieht, wenn es zur Stabilisierung der Geldversorgung und Geldwertstabilität geschieht und wenn das betreffende Land im ESM verankert ist und die dort geltenden Auflagen erfüllt. Die EZB befindet sich hier in der Situation, Spekulanten gegen die gemeinsame Währung in Schach zu halten, da wäre jede Festlegung auf eine bestimmte Höhe oder Informationspflichten gegenüber Parlamenten kontraproduktiv. Auch der Vorwurf, die EZB würde zu diesem Zweck die Notenpresse „anwerfen“ erweckt einen falschen Eindruck, denn die Notenpresse läuft ständig und wird nicht erst zu diesem Zweck angeworfen. Hier wird auf typisch deutsche Ängste gesetzt und die Aufklärungspflicht der Presse einfach mit Füßen getreten. Die OECD hat erst letzte Woche für Deutschland vor einer Rezession gewarnt, „Das ist genau des Gegenteil dessen, wovor jetzt wieder gewarnt wird.“

Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir wieder unser Geld, unsere Währung, in einen vernünftigen Zusammenhang mit der realen wirtschaftlichen Entwicklung bringen können. Das erfordert, die riesigen privaten Geldvermögen, die international nach Anlage suchen und vagabundieren, zurückzudämmen und die Finanzierung der Staaten und der Unternehmen wieder aus real nachvollziehbaren Sparentscheidungen der Bürger zu organisieren, über heimische Kapitalmärkte und heimische Banken, damit das möglich wird, was Professor Kirchhoff in seinem neuesten Buch getitelt hat, „Vom Bürgen zum Bürger“.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat den Handlungsdruck von der EZB genommen und erlaubt dieser nun, wieder verstärkt ihre eigentliche Aufgabe wahrzunehmen.

Und wenn Werner Kolhoff beklagt, dass Deutschland in der EZB nur eine einzige Stimme habe und Bundestag und Bundesregierung komplett draußen sind, dann liegt das daran, dass diese EZB genau nach dem Bauplan der Deutschen Bundesbank konstruiert wurde und diese Unabhängigkeit von der Tagespolitik genau richtig und wichtig ist und bleibt, auch wenn dann Deutschland nur noch einer unter vielen ist.

## 3. 100 Tage große Koalition im Saarland

Die Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer zitiert in ihrem Bericht die Koalitionsvereinbarung: „Für die Sicherung der Eigenständigkeit werden in den nächsten fünf Jahren dieser Legislaturperiode entscheidende Weichen gestellt: Wir müssen die seit Jahren anhaltende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung auf hohem Niveau halten, wir müssen die Rückführung der öffentlichen Neuverschuldung auf der Basis der Schuldenbremsen-Vereinbarung konsequent fortsetzen, und wir müssen gleichzeitig die Lebensqualität und die Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere für junge Menschen, weiter verbessern.“

Im Haushalt 2013 schlägt sich diese Zielsetzung nieder in einer Verminderung der Nettokreditaufnahme um 65 Millionen Euro. Damit sinkt sie von – ursprünglich geplanten – 592 Millionen Euro auf – jetzt beschlossen – 527 Millionen Euro. So werden die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten.

Die Einsparungen beziehen sich auf

- pauschale Konsolidierungsbeiträge der Ressorts (30 Mio)
- Einnahmeverbesserung durch Erhöhung der Grunderwerbssteuer (7,6 Mio)
- Pauschale Kürzung bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (7 Mio)
- Zeitliche Verschiebung von Neubaumaßnahmen (5 Mio)
- Pauschale Kürzung von Verwaltungsausgaben bei Landesbeteiligungen und –gesellschaften (1 Mio)
- Fortführung des kommunalen Kulturbeitrags (16 Mio)
- Einsparung durch Wegfall von Ministerien und Reduzierung der Zahl der Minister und Staatssekretäre (kurzfristig 0,6 Mio, aufwachsend auf jährlich 2 Mio Euro)

Die CDU-Fraktion hatte am 27. 8. 2012 den renommierten Wirtschaftswissenschaftler Lars Feld, selbst ein Saarländer, Leiter des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg und Mitglied des Sachverständigenrates zu einem Vortrag zur Internationalen Finanzkrise in die IHK eingeladen. Er meinte, das Saarland käme nach 2016 mit den bisher bekannt gewordenen Maßnahmen nicht aus, es müsse auch die Bildung in die Sparmaßnahmen einbeziehen, und d. h. Lehrerstellen, weniger Personalausgaben, d. h. Verlust der Attraktivität des Saarlandes für Junglehrer, größere Klassen.

Tatsächlich setzt die Große Koalition auf Wohlverhalten, damit nach 2016, wenn feststeht, dass die Schuldenbremse nicht greift, der Bund und die Geber-Länder verhandlungsbereit sind.

### **Verdi Saar fordert Abschaffung der Schuldenbremse**

Offensichtlich hat der Verdi-Chef Alfred Staudt den Ernst der Lage erkannt, wenn er das Ende der Schuldenbremse fordert. Der Hinweis seines Kollegen Eugen Roth, dass die Schuldenbremse verfassungsrechtlich verankert sei, hilft da nicht recht weiter, diese kann man einerseits mit Zwei-Drittel-Mehrheit ändern. Andererseits geht es nicht um mehr Schulden, sondern um eine andere Politik, die wesentlich früher eine Defizitquote von Null ermöglicht. Diese verfassungsändernde Mehrheit ist übrigens im Saarland genau deswegen wohl herbeigeführt worden und wird offensichtlich im Bund auch angestrebt.

Weiter käme man, wenn man endlich nicht nur Vergleichszahlen gegenüber Durchschnittswerten der Bundesländer zugrundelegt, sondern einmal den Klassenbesten „Bayern“ mit dem „Saarland“ vergleicht, und zwar mit den ökonomischen Grunddaten. Ein solcher statistischer Ländervergleich ergibt für das Jahr 2010:

	<b>Text</b>	<b>Bayern</b>	<b>Saarland</b>
1.	BIP in jeweiligen Preisen in Mrd. €	442	30
2.	Wirtschaftswachstum gegenüber Vorjahr in %	3,9	4,7
3.	Wirtschaftsstruktur, %-Anteil prod. und Dienstl.-gewerbe	30/70	32/68
4.	Verfügbares Einkommen in €	20.111	18.743
5.	Deutschland = 100	105,9	98,7
6.	BIP je Einwohner in €	35.337	29.472
7.	Deutschland = 100	115,6	96,4
8.	Lohnkosten in €	37.000	34.000
9.	Investitionsquote	19 – 22 %	16 – 19 %

Nur um eine Richtung anzudeuten: Das Sozialprodukt von 30 Mrd. im Saarland könnte auf derselben Höhe wie in Bayern um 2,4 Mrd. höher liegen, bei einer Grenzabgabenquote von 2/3 könnte also dem Staat im weitesten Sinne zusätzliche Einnahmen von 1,6 Mrd. € zuwachsen. Nimmt man die Hälfte davon für den Landesanteil wären das schon 800 Mio €, das sind 100 Mio mehr, als im Jahr 2020 vom Saarland an Einsparungen verlangt wird. Würde man dieses Wachstum bei zusätzlichen

brutto bezahlten Arbeitsplätzen vornehmen, könnte zusätzlich beim Sozialbudget „Einsparungen“ dadurch erfolgen, dass dort die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen.

Verdi sollte also nicht nur die Beendigung der Schuldenbremse fordern, sondern offensiv mit neuen Wachstumsfeldern dem Saarland aus der Schuldenfalle verhelfen.

## 5. Aufgespießt

- Schulbesuch erzwingen oder attraktiv machen? Der Landesvorsitzende des Familienbundes der Katholiken in Bayern widersprach Bundesarbeitsministerin von der Leyen, die gegenüber der Berliner Morgenpost gefordert hatte, Eltern von „Schulschwänzern“ mit Bußgeldern zu bestrafen. „Viele zivilisierte Länder kennen nicht einmal eine Schulpflicht, zum Beispiel Irland, Frankreich, Dänemark oder der PISA-Spitzenreiter Finnland. Sie verstehen Schule als staatliches Angebot, das die Familien nutzen können oder nicht. Auch mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und mit der katholischen Soziallehre ist ein Zwang zur Ablieferung der Kinder in Schulen nicht vereinbar“. Kinder seien von Natur aus neugierig und lernbereit. Sprechen und Laufen lernten sie aus eigenem Antrieb. Wenn Kinder ungern zur Schule gingen, müsse man nicht mehr Zwang auf die Eltern ausüben, sondern an der Attraktivität von Schule arbeiten.

- Die vom Staat sanierte amerikanische Versicherung AIG produziert einen Rekordgewinn nach dem anderen. Bisher gingen auch wir davon aus, dass die staatlicherseits abgelehnte Sanierung von Lehman-brothers nicht nur Auslöser war für die weltweite Krise, sondern auch dann bei der drohenden Pleite des Versicherungskonzerns AIG zu wesentlich höheren Kosten für eine staatliche Sanierung geführt habe. Nun berichtet das amerikanische Finanzministerium, dass von den damals eingesetzten 182 Mrd Dollar an Garantien und Kapitalhilfen zur Sanierung von AIG inzwischen an Gebühren, Zinsen und lukrativen Aktienverkäufen 197,4 Mrd. Dollar zurückgeflossen sind. Die USA halten noch weitere AIG-Aktien, so dass der Rückfluss in Zukunft noch steigen wird. (SZ vom 13.9.2012)

- Anshu Jain und Jürgen Fitschen, die beiden neuen Chefs der Deutschen Bank gehen davon aus, dass die Euro-Rettung zu einer Inflation führen wird. Sie stehen damit ziemlich allein da, gerade erst hatte die OECD befürchtet, dass es in Deutschland zu einer Rezession kommt. Vielleicht sollten die Chefs der größten deutschen Privatbank zuerst einmal in Klausur gehen und darüber nachdenken, dass die Wirtschaft zunächst mit realen Vorgängen zu tun hat und da müssen wir seit Jahren die Erfahrung machen, dass mehr Geld nicht automatisch zu einem Anspringen der Konjunktur führt. „Man kann die Pferde zur Tränke führen, zum Saufen kann man sie aber nicht zwingen.“ Es sind die Banken, dass ihre Tätigkeit nicht mehr von der realen Entwicklung der Wirtschaft abhängig machen wollten, sondern immer mehr Spekulationsblasen bzw. Geldblasen geschaffen haben, und sich nun wundern, dass die reale Wirtschaft unabhängig davon nicht anspringt, ja selbst Kreditzusagen der EZB von 1 % führen nicht mehr dazu, dass die Banken den Unternehmen und Staaten entsprechende Kredite geben. Die Herren sollten zunächst einmal schweigen.

Mettlach, den 14. September 2012